

CVP-Nationalrätin Thérèse Meyer über die künftige Sozialpolitik : "Die Solidarität zwischen den Generationen aufrechterhalten"

Autor(en): **Müller, Matthias / Meyer, Thérèse**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **78 (2007)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-805125>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

CVP-Nationalrätin Thérèse Meyer über die künftige Sozialpolitik

«Die Solidarität zwischen den Generationen aufrechterhalten»

■ Matthias Müller



■ *Wo setzen Sie für die nächste Legislatur Ihre sozialpolitischen Prioritäten?*

Thérèse Meyer: Ich engagiere mich dafür, dass jeder und jede in den Genuss hoch stehender Gesundheitsleistungen kommt – zu fairen Preisen! Wichtig ist mir zudem, dass die Familien steuerlich entlastet werden und dass Beruf und Familie kein Widerspruch bleibt, sondern kombinierbar ist. In der anstehenden AHV-Reform setze ich mich für ein flexibles Rentenalter ein.

Die Schweiz hat am 21. Oktober ein neues Parlament gewählt. Einige Gesichter sind neu, die Bundesratsparteien bleiben dieselben. Von je einem erfahrenen Vertreter dieser vier Parteien wollten wir wissen, welche Prioritäten sie in der Sozialpolitik und bei der Finanzierung der Pflege setzen. Weil die Finanzierung der Pflege entscheidend von den Krankenkassen abhängt, haben wir uns auch mit dem Präsidenten des Krankenkassenverbandes *santésuisse*, mit Fritz Britt, unterhalten.

■ *Bei der Pflegefinanzierung sind sich die beiden Räte in wesentlichen Punkten einig. Wie stehen Sie zum aktuellen Entwurf zur Finanzierung der Pflege?*

Meyer: Ich glaube, dass gute Chancen bestehen, dass der Nationalrat in wesentlichen Punkten bei seiner Lösung bleibt. Insbesondere müssen wir die Unsicherheit bei der Finanzierung aus der Welt räumen. Es muss klar sein, wer neben dem Anteil der Krankenkassen und jenem der Pflegebedürftigen die Kosten trägt. Ist es der Kanton alleine? Oder kann er die Kosten mit den Gemeinden teilen? Ich bin der Meinung, dass sich auch die Krankenkassen am Teuerungsausgleich beteiligen müssen. Dafür müssen wir eine Mehrheit finden.

■ *Wie stellen Sie sich die Finanzierung der Pflege angesichts des demografischen Wandels vor?*

Meyer: Ich halte es für zentral, dass wir bei der Finanzierung der Pflege die Solidarität zwischen den Generationen aufrechterhalten. Jene Menschen, die bis ins hohe Alter die Krankenversicherung praktisch nicht in Anspruch nahmen, sollten in der Pflege besonders geschützt werden.

■ *Warum sind die Krankenkassen im Parlament so gut vertreten, und wie wirkt sich das politisch aus?*

Meyer: Die Krankenkassen sind gut vertreten, das trifft zu. Allerdings trifft dies auch auf andere Interessenvertre-

ter zu. Es gilt zu bedenken, dass jeder Politiker, jede Politikerin mit seinen respektive ihren Qualitäten und Interessenbindungen gewählt wird – beides ist vor den Wahlen normalerweise bekannt. Es ist klar, dass die Interessenvertreter auch tatsächlich die jeweiligen Interessen vertreten. Allerdings nicht immer. Ich stelle fest, dass auch höhere Interessen berücksichtigt werden.

■ *Im NFA gehen die Institutionen für Menschen mit Behinderung in die Kompetenz der Kantone über.*

Ist zu befürchten, dass die Kantone Sparpotenziale sehen und den Heimen weniger Geld zur Verfügung stellen?
Meyer: Die Kantone erhalten einen Globalbetrag, um ihren Aufgaben nachzukommen. Sie stehen deshalb in der Pflicht, das finanzielle Engagement zu zeigen, das für eine qualitativ hoch stehende Pflege nötig ist. Sollten die Kantone diese Pflicht vernachlässigen, sind die kantonalen Parlamente gefordert. Ergeben sich tatsächlich Probleme, müssen sie mit Nachdruck reagieren.

■ *Wie hat sich die Sozialpolitik des Bundesrats durch dessen veränderte Zusammensetzung geändert?*

Meyer: Ich stelle fest, dass in der abgelaufenen Legislatur ein grosses Engagement in den Kommissionen nötig war, um gewisse Vorschläge des Bundesrates zu korrigieren, sodass keine Verschlechterungen der sozialen Leistungen entstanden. ■